

Christian Marx / Morten Reitmayer (Hg.)

Gewinner und Verlierer nach dem Boom

Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte





Nach dem Boom

Herausgegeben von
Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael

Gewinner und Verlierer nach dem Boom

Perspektiven auf die westeuropäische
Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Christian Marx und Morten Reitmayer

Mit 3 Abbildungen und einer Tabelle

Vandenhoeck & Ruprecht

Gedruckt mit Mitteln des Gottfried Wilhelm-Leibniz-Programms der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Roulettetisch in Luxuscasino. © Nejron Photo – Adobe Stock:
<https://stock.adobe.com/de/images/gambling-table-in-luxury-casino/142400643>

Satz: textformart, Daniela Weiland, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2566-7246

ISBN 978-3-647-31118-0

Inhalt

Morten Reitmayer

Gewinner und Verlierer nach dem Boom –
eine vorläufige Bilanz 7

Christian Marx

Gewinner und Verlierer der Multinationalisierung
von Industrieunternehmen seit den 1960er Jahren 27

Lutz Raphael

Gewinner und Verlierer in den Transformationen
industrieller Arbeitswelten Westeuropas nach dem Boom 57

Marc Bonaldo

»Alles außer Hochdeutsch«?
Die Region Stuttgart im wirtschaftlichen Anpassungsprozess
nach dem Boom 83

Arndt Neumann

Die Containerwelle.
Veränderungen der Hafendarbeit in Hamburg nach 1968 105

Stefanie Middendorf

Entscheidende oder erbärmliche Jahrzehnte?
Krise und Komplexität der französischen Kulturpolitik
seit den 1970er Jahren 121

Eva Maria Klos

Kämpfe um Anerkennung und Erinnerungskulturen.
Die Verbände der »Zwangsrekrutierten« Westeuropas
von 1960 bis 1990 145

Tobias Vetterle

Von der Forderung zum Angebot.
Der Formwandel umweltpolitischer Partizipation in Luxemburg
nach dem Boom 161

<i>Timo Kupitz</i> Xenophobie und Gegenwehr. Die politische Emanzipation bengalischer Migranten im Vereinigten Königreich	179
<i>Marc Meyer</i> Politische Gewinner und Verlierer der sozialdemokratischen Mobilisierungsarbeit in Frankfurt ab Mitte der 1980er Jahre	203
Autorinnen und Autoren	227

Morten Reitmayer

Gewinner und Verlierer nach dem Boom – eine vorläufige Bilanz

Nach den Gewinnern und nicht nur nach den Verlierern einer Epoche zu fragen mag frivol erscheinen angesichts des Unwillens vieler Historikerinnen und Historiker, sich am Schreiben sogenannter »Erfolgsgeschichten« zu beteiligen, und damit anscheinend die notwendige professionelle Distanz zum Untersuchungsgegenstand aufzugeben. Auf der anderen Seite kommen diejenigen Teile der Geschichtswissenschaft, die mit der Erforschung von prinzipiell agonal konstituierten Phänomenen befasst sind, gar nicht umhin, sich der Frage nach Gewinnern und Verlierern zu stellen. Deshalb muss beispielsweise die Unternehmensgeschichte den Erfolg oder Misserfolg eines kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmens und damit dessen schiere Existenz auch in dessen Kennzahlen, nämlich Gewinn und Verlust, darstellen und erklären, auch wenn sie sich damit in den Augen kulturalistischer Ansätze und deren Ablehnung »großer Erzählungen« (wie diejenige des »Erfolges der kapitalistischen Wirtschaftsweise« eine darstellt) eher der Apologetik verdächtig macht.¹ Darüber hinaus stellt sich bei einer solchen Problemstellung sofort die Frage nach der Bemessungsgrundlage und den Kriterien von Gewinn und Verlust, die zweifellos ein Einfallstor für

1 Dieser Frontstellung verdankt beispielsweise Werner Plumpe narrative Strategie ihre *raison*. Vgl. Werner Plumpe, *Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*, Berlin 2019; ders. (Hrsg.), *Unternehmer – Fakten und Fiktionen*, München 2014. Vgl. allgemein Achim Landwehr, *Kulturgeschichte*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 14.05.2013, http://docupedia.de/zg/landwehr_kulturgeschichte_v1_de_2013, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.248.v1> (9.11.2019). Bezeichnenderweise blieben gerade in der Unternehmensgeschichte (unternehmens-) kulturgeschichtliche und im engeren Sinn betriebswirtschaftliche Perspektiven weitgehend unverbunden nebeneinander bestehen, ohne dass es zu einer *Vermittlung* zwischen Problemen der kapitalistischen Eigenlogik und der Relevanz von individuellen und kollektiven Sinnschemata gekommen wäre. Exemplarisch Hartmut Berghoff/Jakob Vogel (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*, Frankfurt am Main 2004. Auf der anderen Seite haben die Klassiker der Industriosozologie ganz selbstverständlich nicht allein auf die mit dem (prognostizierten) Ende der standardisierten Massenproduktion verbundenen Freiräume für die Beschäftigten verwiesen, sondern auch auf die davon ausgehenden Profitchancen der Unternehmen. Vgl. Michael J. Piore/Charles Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Frankfurt am Main 1989; Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1990; Robert Boyer/Michel Freyssenet, *Produktionsmodelle. Eine Typologie am Beispiel der Automobilindustrie*, Berlin 2003.

subjektive, ja parteiische Bewertungen des untersuchten Gegenstands darstellen können. Dass hier dennoch die Frage nach Gewinnern und Verlierern in der Epoche nach dem Boom gestellt wird, geht auf die begründete Vermutung zurück, dass auf diese Weise Dynamiken und Wechselwirkungen in der Zeitgeschichte europäischer Gesellschaften sichtbar werden, die andernfalls nur schwer in den Blick geraten.²

Schon lange vor den HistorikerInnen haben die gegenwartsnahen Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaften ein wirkungsvolles Bild der Jahrzehnte seit der Mitte der 1970er Jahre geschaffen, das teilweise ganz ausdrücklich mit den Kategorien »Gewinner und Verlierer« arbeitet, und das sich nun der Zeitgeschichtsschreibung aufdrängt, das diese jedoch nicht umstandslos reproduzieren sollte. Maßgeblich geprägt hat dieses Bild vor allem die Politische Ökonomie, die sich wohl am leichtesten mit dem besagten Gegensatzpaar tut. Sie hat eindrucksvoll demonstriert, in welchem Ausmaß global operierende Wirtschaftsunternehmen und transnationale Wirtschaftseliten vor allem aus der Finanzindustrie – neben den großen Banken die großen Anlage- und die Beratungsgesellschaften – nicht nur geldwerte Profite, sondern gemeinsam mit Institutionen wie dem IWF, aber auch der EU und der OECD ökonomische Entscheidungsmacht, besonders gegenüber den Nationalstaaten, akkumuliert und zugunsten der Senkung von Unternehmenssteuern sowie zu Lasten der Wohlfahrtsproduktion genutzt haben. Gleichzeitig gerieten die klassischen Verteidiger staatlicher Wohlfahrtsproduktion, nämlich die Organisationen der Arbeiterbewegung, durch den wirtschaftlichen Strukturwandel derart unter Druck, dass sie als Verteidiger des Wohlfahrtsstaates zunehmend in die Defensive gerieten. Gewinner und Verlierer sind auf dieser Bühne eindeutig zu erkennen.³ Zusammengefasst ist so das Bild einer Epoche entstanden, in der sich die Kräfteverhält-

2 In Großbritannien ist die Frage nach den Gewinnern und Verlierern in der Historiographie durchaus üblicher, nicht zuletzt aufgrund des sozialökonomisch gerahmten *decline*-Narrativs sowie der umstrittenen Bewertung der Thatcher-Ära, die eine solche Fragestellung nahelegen. Vgl. exemplarisch Jörg Arnold, Vom Verlierer zum Gewinner – und zurück. Der *Coal Miner* als Schlüsselfigur der britischen Zeitgeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016), S. 266–297; Arthur Marwick, British Society since 1945, London 42003; Kenneth O. Morgan, Britain since 1945, Oxford 32001; mit stärkerem Blick auf die Gewinner: Brian Harrison, Finding a Role? The United Kingdom 1970–1990, Oxford 2010; zur Kontroverse um den *decline*: Jim Tomlinson, The Politics of Decline. Understanding Post-war Britain, Harlow 2000. Auch die neuere italienische Zeitgeschichte fragt nach Gewinnern und Verlierern. Die seit der Einigung anhaltenden Dynamiken des Nord-Süd-Gegensatzes, der Wandel und die Fragmentierung der (Industrie-) Arbeiterschaft seit den 1980er Jahren sowie die Politik eines »Thatcherismus ohne Thatcher« legen dies nahe. Vgl. Paul Ginsborg, Italy and its Discontents, 1980–2001, London 2003. Im Gegensatz dazu scheint die zeithistorische Forschung in Frankreich Gewinner und Verlierer in sozialhistorischer Perspektive bislang nicht in den Blick genommen zu haben.

3 Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013; Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

nisse zwischen Kapital und Arbeit drastisch zugunsten des ersteren und zulasten der letzteren verschoben haben.

Parallel zu diesen Trendaussagen hat die Ungleichheitsforschung⁴ – am prominentesten derzeit vertreten durch Thomas Piketty – darauf hingewiesen, dass in dem besagten Zeitraum zwischen etwa 1980 und dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 eine säkulare Trendumkehr erfolgte. Nachdem die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Industriegesellschaften seit dem Ende des Ersten Weltkriegs spürbar abgenommen hatte, wurden nun die Einkommen und Vermögen der Reichen wieder größer und die der ärmeren Gruppen wieder kleiner. Ein Beispiel: Im Jahr 1985 verdienten die Vorstandsmitglieder der dreißig Dax-Unternehmen durchschnittlich 13,5-mal so viel wie die höheren technischen Angestellten; 2017 verdienten sie rund 37-mal mehr. Das Einkommen der Top-Manager hat sich also nicht nur von dem der gering qualifizierten Arbeiter entkoppelt, sondern auch von dem der qualifizierten Beschäftigten.⁵ Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die Einführung von Aktienoptionen zur Entlohnung der Spitzenmanager als Instrument der Unternehmenssteuerung im Sinne des *shareholder value*-Ansatzes.

Materielle Gewinner und Verlierer der Epoche sind dabei statistisch klar zu bestimmen – wenngleich nur auf großer Aggregationshöhe –, auch wenn die Ursachen der Trendumkehr umstritten bleiben.⁶

Doch nicht nur relative, sondern vor allem absolute Wohlstandsverluste sowie Erfahrungen der Arbeitslosigkeit, der beruflichen Dequalifizierung, der Prekarisierung und der Exklusion trafen breite Bevölkerungsgruppen besonders der unteren Klassen⁷ und schufen neue oder brachten die Wiederkehr viel älterer gesellschaftlicher Segregationsmuster. Die ökonomische Spreizung der Gesell-

4 Hier wird nur auf die ökonomische Ungleichheit hinsichtlich von Einkommen und Vermögen eingegangen. Die neuere Ungleichheitsforschung in den Sozialwissenschaften hat, durchaus mit großem Einfluss auf die Sozial- und Kulturgeschichte, auch über die häufig in Rechnung gestellten Dimensionen *race*, *class* und *gender* hinaus ein breites und ausdifferenziertes Repertoire an Forschungsmethoden, begrifflichen Kategorien, Untersuchungsperspektiven und Analysefeldern ausgearbeitet. Vgl. als Überblick demnächst Christoph Weischer, Sozialstrukturanalyse und Sozialgeschichte, in: Christian Marx/Morten Reitmayer (Hrsg.), *Die europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2020 (i. E.).

5 Paul Windolf, Von der korporatistischen Koordinierung zur staatlichen Regulierung. Ein Paradigmenwechsel auf dem deutschen Finanzmarkt, in: Christian Marx/Morten Reitmayer (Hrsg.), *Die europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2020 (i. E.).

6 Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014; ders., *Kapital und Ideologie*, München 2020; Wiemer Salverda/Brian Nolan/Timothy M. Smeeding (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Economic Inequality*, Oxford 2009; Hartmut Kaelble, *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 2017.

7 Hier und im Folgenden bezeichnet der Terminus »Klasse« keine handelnden Subjekte, sondern Ensembles von Akteuren im sozialen Raum mit ähnlichen Ressourcen, Interessen, Dispositionen und Laufbahnen. Vgl. Pierre Bourdieu, *Wie eine soziale Klasse entsteht*, in: ders., *Der Tote packt den Lebenden*, Hamburg 1997, S. 102–129.

schaft, die die Politische Ökonomie als Machtgewinn der Großunternehmen und Machtverlust der Arbeiterbewegung beobachtet, diskutiert die Ungleichheitsforschung als Einkommensgewinne und -verluste. Beide Ansätze konzentrieren sich eindeutig auf die reichsten und mächtigsten Gruppen der Gesellschaft(en) einerseits, auf ihre Antipoden am unteren Ende der Gesellschaft andererseits.

Beide Forschungsrichtungen haben das Bild einer Epoche entworfen, in der politisch-ökonomische Arrangements mehr oder weniger gezielt derart gestaltet werden, dass Einkommen, Vermögen und Entscheidungsmacht zwischen dem oberen und dem unteren Ende der Gesellschaft mit zunehmender Geschwindigkeit immer ungleicher verteilt werden. Gewinn und Verlust stehen sich in diesem Bild häufig in einem Nullsummenspiel gegenüber; der Gewinn der einen Seite ist der Verlust der anderen.⁸ Die Kontrastfolie dieses Bildes stellt eine rückblickend idealisierte Boom-Epoche dar, deren vielleicht wirkmächtigstes Bild ex post Ulrich Beck mit dem »Fahrstuhleffekt« gezeichnet hat, der alle gesellschaftlichen Gruppen »nach oben« getragen (und alle zu Gewinnern gemacht) habe.⁹ Der Blick aus der Boom-Epoche auf die Jahre nach dem Boom vermag daher nur ein Bild von Verlusten zu erkennen.

Demgegenüber hat vor allem die Politische Wissenschaft darauf aufmerksam gemacht, dass die Gesellschaften Mittelosteuropas mit dem Zerfall des Sowjet-Imperiums einen enormen Zugewinn an politischer Freiheit erlebten, und dass durch die »neoliberalen« Wirtschafts- und Sozialreformen deutliche Zugewinne an individuellen Handlungsspielräumen zu verzeichnen waren.¹⁰ Gleichzeitig entstanden in je eigener zeitlicher Taktung, aber in ganz Europa (und darüber hinaus) neue politische Unsicherheiten, weil die tradierten Parteienlandschaften zusehends ihre Bindungskraft gegenüber den WählerInnen verloren, bis hin zur vollständigen Implosion der bisherigen Parteiensysteme, wie in Italien (nach 1992/94) oder Frankreich (seit 2017). Das Vakuum füllten neue, »populistische«, regionalistische oder Ein-Mann-Parteien, die mancherorts von Dauer waren, andernorts nicht, und die nicht selten an der Grenze zur Unberechenbarkeit agierten. In diesem Bild sind Gewinner und Verlierer weitaus schwieriger voneinander zu unterscheiden als in den vorgenannten Darstellungen. Während sich fast alle Mittelosteuropäerinnen und -europäer als politische Gewinner des Untergangs der Ein-Parteien-Diktaturen ansehen konnten – sofern dies nicht mit einem Bürgerkrieg verbunden war –, eröffneten die verwandelten Parteienlandschaften zwar auch neue Mitwirkungsoptionen,

8 Allerdings fokussiert die Ungleichheitsforschung stärker auf materiell definierte Abstände zwischen Gruppen, während die Politische Ökonomie ihr Augenmerk auf latente Interessengegensätze und manifeste Konflikte richtet. Siehe oben Anmerkung 3.

9 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 122.

10 Peter A. Hall/Michèle Lamont (Hrsg.), Social Resilience in the Neoliberal Era, Cambridge 2013; Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

schufen für alle Staatsbürger aber erhebliche Unsicherheiten im Ablauf der politischen Willensbildung.

Auch kulturwissenschaftliche Ansätze sind in das Epochenbild der Jahrzehnte nach dem Boom eingeflossen, doch ihr Erkenntnisinteresse richtete sich nicht auf sozialhistorisch bestimmbare Gruppen von Gewinnern oder Verlierern, sondern eher auf verhältnismäßig breitflächige und vor allem lang andauernde Prozesse der Subjektivierung disziplinarischer Macht mit dem Fluchtpunkt der Verhaltenssteuerung einerseits, andererseits der Verschiedenheit von Praktiken, nicht der Ungleichheit zwischen Gruppen.¹¹ Auffällig ist hier der Kontrast zur politikwissenschaftlichen Populismus-Diskussion, in der gerade die kulturellen Verlierer der Globalisierung als wichtigstes Reservoir populistischer Bewegungen weit über Westeuropa hinaus gesehen werden.¹²

Die Befunde der neueren zeithistorischen Forschung reichen noch bei weitem nicht aus, um dieses Epochenbild zu bestätigen oder zu falsifizieren, oder gar jetzt schon ein ganz neues Bild zu entwerfen. Vor allem greifen erst wenige Untersuchungen über die 1970er Jahre hinaus.¹³ Immerhin lässt sich mit Blick auf die hier präsentierten Ergebnisse bereits feststellen, dass wichtige Korrekturen anzubringen sind. Schon die erste Gruppe der »Nach dem Boom«-Forscherinnen und -Forscher hatte gezeigt, dass schwarz-weiß-Zeichnungen und Nullsummen-Annahmen den untersuchten Gegenständen nicht gerecht wurden: Die neuen Körperbilder, die die Jogger-Bewegung repräsentierte, stellten keineswegs nur das Resultat einer verstärkten Sorge um sich dar, sondern vor allem das einer Kommodifizierung der Läuferidentität (Tobias Dietrich).¹⁴ Die tiefgreifende Kommerzialisierung des Profifußballs, die in der Bundesrepublik und in Großbritannien um 1990 einen neuen Schub erhielt, ging zwar in den

- 11 Exemplarisch Maren Möhring, *Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2012; Wiebke Wiede, *Zumutbarkeit von Arbeit. Zur Subjektivierung von Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 129–147; Rüdiger Graf, *Verhaltenssteuerung jenseits von Markt und Moral. Die umweltpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 66 (2018), S. 435–462.
- 12 Philip Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018; Morten Reitmayer, *Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte. Ein kritischer Forschungsbericht*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (i. E.).
- 13 Vgl. aber Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität von Arbeitswelten*, Bonn 2011; Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019; Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hrsg.), *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*, Frankfurt am Main 2016.
- 14 Tobias Dietrich, *Laufen als Lebensinhalt. Körperliche Praxis nach dem Boom*, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart*, München 2014, S. 123–134; ders., *Laufen nach dem Boom. Eine dreifache Konsumgeschichte?*, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart*, S. 351–370.

Augen vieler Fans zu Lasten des »wahren« Fußballs, doch sie befreite diesen aus einer tiefen Krise, die von sinkenden Zuschauerzahlen, leeren Stadien und mangelnden Investitionsmitteln der Vereine gekennzeichnet war (Hannah Jonas).¹⁵ In der gezielten Verwandlung einer alten Industrie- und Hafenstadt im freien ökonomischen Fall, wie Glasgow, in ein modernes Dienstleistungszentrum hatte womöglich die einzige Chance bestanden, neue Prosperität in die Stadt zu ziehen, doch zeigten sich gerade die Handels- und Finanzdienstleistungen in der Weltfinanzkrise als überaus störanfällig (Tobias Gerstung).¹⁶

Martin Kindtner hatte in seiner Historisierung des französischen (Post-)Strukturalismus gezeigt, dass das poststrukturalistische Instrumentarium vieler gegenwärtiger kulturwissenschaftlicher Ansätze auf eine spezifische Kräftekonstellation in den Beziehungen zwischen dem politischen und dem intellektuellen Feld in Frankreich – und bald darauf auch in der Bundesrepublik – während der langen 1970er Jahre zurückgeht. Damit wurde auch deutlich, vor welchen methodischen Problemen ZeithistorikerInnen stehen, wenn sie dieses Instrumentarium anwenden, denn die historische Auswahl der relevanten Phänomene, ihre Wahrnehmung und ihre Bewertung drohen die zeitgenössischen Problembehandlungen hinterrücks zu reproduzieren.¹⁷ Ganz ähnlich hatte Fernando Esposito darauf aufmerksam gemacht, dass seit Beginn der Moderne Beschleunigungserfahrungen wiederkehrend in einen Verlust an Zukunftssicherheit und Fortschrittsoptimismus mündeten, wie dies seit den 1970er Jahren geschah.¹⁸ Doch verbieten der kreative Umgang der historischen Akteure mit diesen Verlusten – von *Posthistoire* bis *No Future!* – und die damit verbundenen intellektuellen Aufbrüche, vor allem gegenüber dem vermeintlichen »Ende der Ideologien« der 1960er Jahre, von einer Epoche politisch-ideeller Verlustgeschichten zu sprechen, im Gegenteil: Das Angebot an intellektuellen (religiösen, politischen, kulturellen) Sinnstiftungen erweiterte sich enorm, und das auf jedem Niveau kulturellen Investments. Auch das Angebot an Rechtfertigungssemantiken für die nach wie vor bestehenden, und – wie die vorgenannten Ansätze der Politischen Ökonomie und der Ungleichheitsforschung gezeigt haben – sogar zunehmende Privilegierung der Oberklassen weitete sich seit den 1970er Jahren

15 Hannah Jonas, *Fußball in England und Deutschland von 1961 bis 2000. Vom Verlierer der Wohlstandsgesellschaft zum Vorreiter der Globalisierung*, Göttingen 2019.

16 Tobias Gerstung, *Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960–2000)*, Göttingen 2016.

17 Martin Kindtner, »Wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren«. Michel Foucault entdeckt den Neoliberalismus, in: Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart*, S. 37–49; ders., *Strategien der Verflüssigung. Poststrukturalistischer Theoriediskurs und politische Praktiken der 1968er Jahre*, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart*, S. 373–392.

18 Fernando Esposito, *No Future – Symptome eines Zeit-Geists im Wandel*, in: Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart*, S. 95–108; ders., *Von no future bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom*, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart*, S. 393–423.

deutlich aus: In der Bundesrepublik typischerweise durch Verweise auf individuelle Leistungsfähigkeit vor allem im höheren Bildungssystem (dessen hochgradig ungleich verteilte Erfolgschancen und -bedingungen bewusst ausgeblendet wurden); in Großbritannien typischerweise durch Verweis auf hohe unternehmerische Einkommen, mit denen der Abbau sozialer Verpflichtungen, die aus dem bis dahin dominierenden Gentleman-Ideal resultierten, propagiert wurde, und die den ökonomischen Erfolg des ganzen Landes demonstrieren sollten.¹⁹ Gleichzeitig eröffneten diese politisch-ideellen Verschiebungen in der Bundesrepublik die Möglichkeiten einer mehr oder weniger wirksamen »Elitenkritik« anhand von Leistungsgesichtspunkten – »Nieten in Nadelstreifen« – während in Großbritannien die *nouveaux riches* sehr schnell die kulturellen Formen des alten *establishments* adaptierten.

Alle diese Untersuchungen hatten nicht nur demonstriert, dass Nullsummen-Annahmen, schwarz-weiß Zeichnungen und die Fokussierung auf die oberen und unteren Enden der sozialen Pyramide wesentliche Epochenmerkmale verdecken; ihre Untersuchungsperspektive überschritt auch regelmäßig die Grenzen zwischen den Jahrzehnten. Und in der Tat hat von Anfang an ein wesentlicher Vorzug der nach-dem-Boom-Forschung darin bestanden, Dekadengrenzen beherzt zu überschreiten, anstatt einer »Dekadologie« zu huldigen. Und auch die in diesem Sammelband enthaltenen Aufsätze vermeiden diese und andere gebräuchlichen Blockaden oder Einengungen der zeithistorischen Forschung: Ihr Untersuchungszeitraum erstreckt sich durchgehend über mehrere Jahrzehnte, und sie machen Ernst mit der Ankündigung, die Zeitgeschichte nach dem Boom als eine westeuropäische Geschichte zu schreiben.²⁰ Neben dem »klassischen« Vergleich zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich werden auch kleinere Länder wie die Niederlande, Belgien oder Luxemburg in den Blick genommen. Verändert gegenüber den früheren nach-dem-Boom-Studien haben sich dabei auch die Untersuchungsperspektiven: Nicht mehr die Suche nach dem Strukturbruch – räumlich, Akteurs- oder Ideen-orientiert, und nach seinen Triebkräften – steht nun im Vordergrund, sondern die Autorinnen und Autoren fragen gezielt nach der Ausweitung oder Verengung von Handlungsspielräumen, Möglichkeiten und Bedingungen der politischen und kulturellen Teilhabe und der Status-Anerkennung, der mehr

19 Morten Reitmayer, *Britische Elitesemantiken vor und nach dem Strukturbruch*, in: Doring-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart*, S. 475–495; ders., *Die Elitesemantiken einer Klassengesellschaft. Großbritannien im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 45 (2019), S. 191–221; ders., *Die Rückkehr der Elite. Comeback einer politischen und sozialen Ordnungsvorstellung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2013), S. 427–452.

20 Vgl. zum Plädoyer für eine westeuropäische Perspektive: Hartmut Kaelble, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*, Bonn 2011; ders., *Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007; Kiran Klaus Patel, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*, München 2018.

oder weniger erfolgreichen Verteidigung sozioökonomischer Errungenschaften, aber auch der Erfahrung materieller Unsicherheit. Immer wieder treten dabei neue oder sich erneuernde, vor allem aber sich ausweitende, und bei weitem nicht allein ökonomisch definierte Märkte als gesellschaftliche Allokationsinstanzen, als Investitionsmöglichkeit und vor allem als Orte der Profitgenerierung hervor.

Treibende Kraft des Wandels in den von Christian Marx untersuchten Konzernen der Chemieindustrie aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden waren die seit den ausgehenden 1960er Jahren sinkenden Unternehmensgewinne, die durch zurückgehende gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten, neue internationale Konkurrenz und das Ende des Lebenszyklus vieler Produkte (bspw. bei einigen Chemiefasern), und bald auch durch Währungsunsicherheiten infolge der Aufgabe fester Wechselkurse sowie durch steigende Energiepreise unter Druck gerieten. Die Unternehmen reagierten auf die neuen Herausforderungen zum einen mit einer Welle der Multinationalisierung – was sie selbst zu Antreibern wie Getriebenen der »Globalisierung« werden ließ, die hier zunächst die Gestalt einer »Europäisierung« annahm –, sowie mit einer Erneuerung ihrer Produktpalette, zum anderen mit weitreichenden Veränderungen der Konzernorganisation, die auf Betreiben externer Berater in teilselbständige Unternehmenseinheiten verwandelt wurde, was den Weg freimachte zur Kommodifizierung der Unternehmen selbst, mit einem ständigen Kauf und Verkauf von Unternehmensteilen.²¹

Die Ziele der ausländischen Direktinvestitionen europäischer Chemieunternehmen lagen dabei zuvörderst in Westeuropa und in Nordamerika, sowie in Lateinamerika. Der Standortwettbewerb innerhalb der Konzerne spielte sich also im Wesentlichen zwischen Standorten in den Industrieländern ab, und die Höhe der Lohnkosten stellte keineswegs den ausschlaggebenden Faktor dar. Allerdings trug seit den 1980er Jahren der Aufbau ausländischer Produktionsstätten nicht mehr zum Ausbau der inländischen Belegschaft bei.

Die Verlierer dieses Konkurrenzkampfes waren natürlich in erster Linie die von Werksschließungen betroffenen Beschäftigten, die auch trotz heftiger Arbeitskämpfe nicht verhindert werden konnten. Gerade weil nicht die Arbeitskosten, sondern die jeweils hergestellten Produkte bzw. die Möglichkeiten ihrer Herstellung über die Rentabilität der einzelnen Werke entschieden, wurden

21 Christian Marx, Die Manager und McKinsey. Der Aufstieg externer Berater und die Vermarktlichung des Unternehmens am Beispiel Glanzstoff, in: Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart, S. 65–77; ders., Der Aufstieg multinationaler Konzerne. Umstrukturierungen und Standortkonkurrenz in der westeuropäischen Chemieindustrie, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart, S. 197–216; Christian Marx/Morten Reitmayer, Zwangslagen und Handlungsspielräume. Der Wandel von Produktionsmodellen in der westeuropäischen Chemieindustrie im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 297–334.

unrentable Betriebe ziemlich rücksichtslos geschlossen. Doch mit den neuen Produkten und den neuen Produktionsverfahren veränderte sich auch in den bestehenden Werken die Zusammensetzung der Belegschaft gravierend, wobei sich die Zahl der in der Chemieindustrie Beschäftigten in Großbritannien zwischen 1961 und 1990 mehr als halbierte, während die Arbeitsplatzverluste in der Bundesrepublik und in Frankreich weitaus glimpflicher verliefen. Einerseits ging die Zahl der an- und ungelerten Arbeiter massiv zurück, andererseits nahm der Anteil der Angestellten dramatisch zu – bei Hoechst stieg die Zahl der Angestellten um zehn Prozent! Gewinner dieser Verschiebungen waren auch beruflich gut qualifizierte Frauen, die nicht nur in Dienstleistungsbereichen, sondern auch in den neuen, körperlich weniger anstrengenden Industriearbeitsplätzen Beschäftigung fanden. Allerdings wäre die Annahme eines Nullsummenspiels in den Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den von Marx untersuchten Chemieunternehmen irreführend; trotz der konstatierten Schwächung von Gewerkschaften und Betriebsräten. Im digitalen Finanzmarktkapitalismus vergrößerte sich auch die Komplexität der Kapital-Seite durch die tiefgreifend veränderte *corporate governance* der Unternehmen enorm. Wie Marx ausblickend bemerkt, verschärfen sich die Interessengegensätze zwischen Management und Kapitalgebern, und selbst die Topmanager von Großkonzernen sahen sich den Pressionen der Kapitalmärkte in Gestalt von spekulativen Großanlegern, Rating-Agenturen und Unternehmensberatern ausgesetzt.

Was Marx exemplarisch anhand der westeuropäischen Chemieindustrie vorführt – eine Gemengelage von Gewinnern und Verlierern, die nicht auf der Ebene hochaggregierter Daten aufgelöst werden kann, sondern nach Einsichten auf der Meso- und der Mikroebene verlangt, hier: auf der Ebene der einzelnen Produktionseinheiten, Beschäftigtengruppen und Produkt- bzw. Produktionslinien – setzt Lutz Raphael in seiner Untersuchung des Wandels industrieller Arbeitswelten fort. Auch Raphael nimmt dabei eine vergleichend-westeuropäische Perspektive ein, so dass die beiden Beiträge sich gewissermaßen ergänzen. Im Zentrum von Raphaels Untersuchung stehen die sozialen Folgen der Deindustrialisierung in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik. Dabei macht Raphael zunächst mittels auf die nationale Ebene hochaggregierter Daten deutlich, in welchem Ausmaß sich die Deindustrialisierung in den drei genannten Ländern vollzog, nämlich keineswegs »naturgesetzlich«, sondern in je eigenen Geschwindigkeiten und Rhythmen, und vor allem in unterschiedlichem Ausmaß. Für die Bundesrepublik greift Raphael dabei auf die von Zeit-historikerInnen bislang verhältnismäßig selten genutzten Daten des Sozio-oekonomischen Panels zurück, die es ermöglichen, den »Abschied vom Malocher« in den beruflichen Laufbahnen hinunter bis auf die Ebene einzelner Haushalte zu verfolgen.

In Einzelnen unterscheidet Raphael sechs Dimensionen zur Bestimmung von Gewinnern und Verlierern der Deindustrialisierung: Erstens bedeutete Deindustrialisierung für die von Werksschließungen und Entlassungen Betroffenen instabile Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse und damit wachsende

Exklusionsrisiken wie niedrige Altersrenten sowie eine schlechtere Gesundheitsversorgung. Besonders zu leiden hatten darunter die verschiedenen Gruppen der ungelerten Arbeiter, also die Älteren, die Berufseinsteiger, die Frauen und die Migranten, die ihre Industriearbeitsplätze verloren bzw. in schlechter bezahlten Dienstleistungsberufen den ausgefallenen Teil des Familieneinkommens zu kompensieren hatten. Mehrfach weist Raphael darauf hin – und dieser Punkt kann kaum genug betont werden –, wie »geräuschlos« weibliche Arbeitskräfte in allen Ländern aus der industriellen Beschäftigung gedrängt werden konnten, während die Kämpfe um den Erhalt der von Männern besetzten Arbeitsplätze, wie der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 oder die Besetzung des Krupp-Stahlwerks Duisburg-Rheinhausen 1987/88 trotz oder wegen ihres Misserfolges zu historischen Mythen verklärt wurden. Allerdings traf der Arbeitsplatzverlust in den drei Ländern die Arbeiterhaushalte in unterschiedlichem Ausmaß; besonders das deutsche System der dualen Berufsausbildung federte den Abbau industrieller Arbeitsplätze ab. Gewinner oder Profiteure dieser Entwicklung, das ließe sich ergänzen, waren die wohlhabenden Haushalte der Mittelklassen, denen nun ein wachsendes Angebot vor allem weiblicher Arbeitskräfte für Dienstleistungen in Haushalten und im Gesundheitsbereich zur Verfügung stand.

Zweitens signalisierte die Rückkehr der Sozialfigur des *working poor*, dass Niedriglöhne und Leiharbeit sich ausweitende Zonen der Prekarität bevölkern halfen, und dass der säkulare Trend der gesellschaftlichen Inklusion der Industriearbeiterschaft mindestens teilweise gebrochen worden war. Armutsrisiken und Klassenzugehörigkeit korrelierten wieder stärker miteinander, besonders zu Lasten migrantischer Arbeiterfamilien.

Drittens macht Raphael auf die sozialräumlich, das heißt hier die regionale Verdichtung von Exklusionsrisiken aufmerksam. In Großbritannien nahm dieser Prozess die Gestalt einer tiefgreifenden Verwandlung innerhalb der Wirtschaftsgeographie an, mit dem einstmals industriellen Norden als Verlierer und dem Südosten und London als Gewinner. Auch in Frankreich profizierte die hauptstädtische Region, während die – allerdings weniger zahlreichen – Industrieregionen ähnlich hart getroffen wurden wie in Großbritannien. In vergleichbarem Ausmaß traf es in Deutschland nur die frühere DDR, wo zwischen 1994 und 2009 nicht weniger als 83 Prozent der Industriearbeitsplätze verloren gingen. Viertens sieht Raphael – sicherlich zu Recht – die Gewerkschaften in ganz Westeuropa als Verlierer der Deindustrialisierung. Nach dem Überschreiten des Zenits (»Jahrhunderthoch«) gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht in den 1970er Jahren verschoben sich die Kräfteverhältnisse nachhaltig und mit tatkräftiger Unterstützung der Regierungen – in Großbritannien und Frankreich weitaus stärker als in der Bundesrepublik – zugunsten der Kapitaleseite. Die Folge war eine »Verbetrieblichung« der Arbeitsbeziehungen, in der für immer weniger Unternehmen und Beschäftigte Tarifverträge galten, sowie eine Flexibilisierung von Arbeitsnormen. Allerdings ermöglichte die deutsche Mitbestimmungsgesetzgebung den Gewerkschaften eine vergleichsweise weitgehende Mitgestal-

tung – und den Unternehmensleitungen eine Reduzierung konfliktbedingter Reibungsverluste! – bei der Umstrukturierung industrieller Arbeit, zum Beispiel durch die Einführung neuer Produktionsverfahren.

Fünftens nahm die Heterogenität der Arbeitsbedingungen industriell Beschäftigter tendenziell überall zu. Größere Selbstverantwortung am Arbeitsplatz und Intensivierung der Arbeit und damit der Arbeitsbelastung nahmen zu, ohne Hand in Hand zu gehen. Gewinner und Verlierer sind nur schwer eindeutig auszumachen, aber als Klasse wurden Industriearbeiter und -arbeiterinnen auf der Ebene der Erfahrungen am Arbeitsplatz immer heterogener. Sechstens schließlich führte die Deindustrialisierung auch zu Verlusten an Anerkennung durch (Industrie-) Arbeit. Auch hier sorgte das deutsche System der dualen Berufsausbildung für die bleibende Wertschätzung der Industriearbeiter, während in Großbritannien und Frankreich eine kleine Gruppe von Besitzern höherer Bildungsdiplome einer großen Anzahl von Verlierern ohne formale Qualifikation und mit geringer sozialer Anerkennung gegenüberstand, die nun eine neue *underclass* (sic!) darstellten.

Raphaels Plädoyer für die Wahl einer Beobachtungsperspektive unterhalb des Nationalstaates wird von Marc Bonaldo aufgegriffen, der nach den Gewinnern und Verlierern des »Strukturwandels« der Region Stuttgart nach 1990 fragt. Diese Region, die zu den wirtschaftlich aktivsten in ganz Europa gehört, und die vor allem von der verarbeitenden Industrie (Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik) geprägt ist, durchlief zu Beginn der 1990er Jahre erstmals nach Jahrzehnten den Booms eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise, deren Bewältigung Bonaldo als erfolgreichen Resilienzprozess interpretiert, in dem der Kern des regionalen Wachstumsmodells erhalten blieb, sich als Antwort auf die ökonomischen Herausforderungen aber neue Kräftekonstellationen bildeten und neue soziale Arrangements entstanden. Im Zentrum jener Herausforderungen stand nach Bonaldo der Umstand, dass im Gegensatz zu den Krisen der 1970er und 1980er Jahre diesmal männliche deutsche Facharbeiter in großem Umfang von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Wie Raphael zeigt auch Bonaldo am Beispiel der württembergischen Textilindustrie, dass gerade Frauen und Migranten die politische und gewerkschaftliche Unterstützung fehlte, als sie entlassen wurden, während bei den männlichen, qualifizierten deutschen Beschäftigten sofort und mit erheblichem Aufwand beschäftigungssichernde Maßnahmen ergriffen wurden. Bemerkenswerter Weise stand die IG Metall nach der Überwindung der Krise sogar als Gewinner dar, weil sie ihren bisherigen Ausschluss aus dem »selektiven Korporatismus schwäbischer Art« zu überwinden vermochte. Durch die Verwissenschaftlichung gewerkschaftlicher Politik und die systematische Schulung ihrer Betriebsräte zum »Co-Management« gelang ihr der Aufstieg zum gleichberechtigten Partner im Prozess der Anpassung der Region Stuttgart an die neuen ökonomischen Herausforderungen. Auf betrieblicher Ebene bestand diese Anpassung aus Qualifizierungsmaßnahmen für die Belegschaft, in welche die Betriebsräte ebenso eingebunden wurden wie in die Entwicklung neuer Produkte. Den Belegschaften wurde damit mehr Verant-

wortung im Produktionsprozess zugestanden, allerdings auch sehr viel mehr Flexibilität abverlangt, durchaus unter der Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern – wie auch Marx gezeigt hat. Auf überbetrieblicher Ebene erfolgte die Anpassung an die Herausforderungen in bester korporatistischer Manier: Politik, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften schlossen sich in der »Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Stuttgart« zusammen, organisierten Branchenkonferenzen zum gemeinsamen Austausch über Exportchancen und Innovationsförderung, Workshops, Seminare und eine der ersten »Technologiebörsen«. Dabei spielten Einzelakteure mit besonders hohem Vertrauenskapital – und wohl nicht zuletzt ein gemeinsames Regionalbewusstsein – eine besondere Rolle.

Verlierer des Anpassungsprozesses waren – neben den weiblichen, den migrantischen und den wenig qualifizierten Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze verloren (hatten) – diejenigen Unternehmen, deren Interessen im neu aufgestellten Korporatismus nicht repräsentiert waren, darunter nicht wenige Zulieferer der Großunternehmen, die ihre Zulieferketten neu ausrichteten und vor allem stratifizierten.

Von der Mesoebene der Region zur Mikroebene der Stadt führt uns der Untersuchungsblick von Arndt Neumann. Er untersucht die Auswirkungen der Transportrevolution durch Container und deren digitalisierte Logistik auf die Arbeit und die Arbeiterschaft des Hamburger Hafens. Auch hier bestätigen sich noch einmal die Befunde der vorgenannten Autoren: Verlierer der Epoche nach dem Boom waren einmal mehr die gering qualifizierten Arbeitskräfte. Im Hamburger Hafen waren das die Schauerleute und Kaiarbeiter, deren harte körperliche – und außerordentlich unregelmäßige! – Arbeit von Containerbrücken- und Van-Carrier-Fahrern ersetzt wurde. Waren im Jahr 1960 noch 17.900 Menschen (Männer!) im Hamburger Hafen beschäftigt, so waren dies im Jahr 2000 nur noch 4.800, während sich der Güterumschlag zwischen 1970 und 2000 fast verdoppelte. Allerdings sind die Einwände Neumanns gegen die Vorstellung eines linearen Prozesses der Verdrängung vieler unqualifizierter durch wenige, dafür hochqualifizierte Arbeiter gewichtig und bedenkenswert: Erstens handelte es sich bei den Containerbrückenfahrern (der Gruppe, die am höchsten entlohnt wurde) nur um angelernte Arbeiter, die aber in der Lage waren, ihre zentrale Stellung im Umschlagprozess schon durch die Drohung eines Boykotts von Überstunden nicht nur in hohe Löhne umzumünzen, sondern sogar den Hamburger Senat dazu zwangen, den geplanten Verkauf der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG an einen privaten Investor abzusagen. Zweitens verlagerte sich ein großer Teil der weiteren Arbeit – das Aus- und Umpacken der Container – weg vom Hamburger Hafen und damit weg von den Tarifverträgen der Hafenwirtschaft, hinein in die Logistikzentren entlang der norddeutschen Autobahnen, in denen die Mehrzahl der 32.000 Lager- und Transportarbeiter der Metropolregion arbeiteten, und in denen geringfügige Beschäftigung, Werkverträge und Leiharbeit dominierten. Die nicht regulierte Gelegenheitsarbeit, die zwischen dem 19. Jahrhundert und der umfassenden Regulierung zur Mitte

des 20. Jahrhunderts typisch für den Hafen gewesen war, kehrte am Ende des 20. Jahrhunderts in Deutschlands Gütertransport zurück.

Das Vertrauen auf die Kräfte der Selbstregulierung von Märkten und das Misstrauen gegenüber politisch-administrativen Eingriffen in diese war dabei keineswegs auf ökonomische Märkte beschränkt; darin besteht zweifellos eine der Signaturen der Epoche nach dem Boom. Gewinner waren häufig diejenigen Gruppen, die von der Entfesselung der Marktkräfte zu profitieren vermochten; Verlierer diejenigen, die wenig Schutz vor den Dynamiken der verschiedensten Märkte fanden.

Auf den Feldern der Produktion und Verbreitung kultureller Güter in Frankreich, genauer, den Zielen und Klassifikationen der staatlichen Kulturpolitik hat Stefanie Middendorf diese Trends beobachtet. Während der frühen 1960er Jahre bestand das offizielle Ziel der Kulturpolitik in der Teilhabe eines möglichst großen Publikums an den Gütern der »Hochkultur«, und war damit eingebettet in die übergreifende Planungspolitik der wirtschaftlichen und soziokulturellen Modernisierung des Landes. Zu diesem Zweck nahm das Kulturministerium auch den Rat sozialwissenschaftlicher Experten in Anspruch. In diesem Spannungsfeld wechselnder politischer Ziele, sozialwissenschaftlicher Weltdeutungen und fiskalischer Zwänge entfaltete sich nunmehr die französische Kulturpolitik. Langfristig, so Middendorf, wurde dabei die staatliche Planung einer gleichen kulturellen Teilhabe an der (Hoch-) Kultur der Nation von einem Management kultureller Ungleichheiten abgelöst. Gewinner und Verlierer sind dabei naturgemäß nur schwer eindeutig zu bestimmen, denn die Zielgruppen (zentral-) staatlicher Kulturpolitik wechselten mehrfach: Sollte zunächst allen Franzosen der Zugang zur (Hoch-) Kultur eröffnet, und danach alle in ihrer individuellen kulturellen Ausdrucksmöglichkeiten gestärkt werden, so wandte sich die staatliche Kulturpolitik in den 1970er Jahren den »Minderheitenkulturen« zu (um in den 1990er Jahren zu den alten Zielen zurückzukehren). Zunächst waren damit die »unangepassten Gruppen« der subkulturellen Avantgarde gemeint, in den 1980er Jahren bezeichnete der Begriff dagegen regionale und ethnische Unterschiede. Verlierer dieser Kulturpolitik waren einerseits die von ihr ausgeschlossenen bzw. nicht adressierten Gruppen, andererseits die Konsumenten und Produzenten nicht-legitimer kultureller Praktiken. Dabei wurde der herablassend-paternalistische Zug einer Politik des Zugangs »aller« zum nationalen (hoch-) kulturellen Erbe von den beteiligten Sozialwissenschaftlern durchaus problematisiert. Tatsächlich brachten ihre Auseinandersetzungen um den Begriff der »Kultur« – bis hin zur Auflösung seiner Bedeutungseinheit – geradezu eine Explosion des Wissens über deren gesellschaftliche Funktionalitäten, Wirkungen, Verwendungsweisen und Inhalte hervor. Gewinner der französischen Kulturpolitik waren jedoch vor allem die Protagonisten der *grands travaux*, mit denen die jeweiligen Staatspräsidenten sich ihr eigenes Denkmal setzten (und die einen Großteil des Kulturretats auffraßen); daneben die durchaus populärkulturellen Profiteure der jeweiligen Schwerpunktprogramme, vor allem aber diejenigen Akteure, die sich im Unterfeld der Produktion, Verbreitung

und des Konsums der als »Hochkultur« konsekrierten, legitimen Kulturgüter des nationalen Erbes tummelten.

Ebenfalls an der Schnittstelle zwischen Politik und Kultur operiert der Beitrag von Eva Klos. Sie vergleicht die Kämpfe um Anerkennung und Entschädigung von zwangsrekrutierten Wehrmachtssoldaten in Luxemburg, Belgien (Eupen-Malmedy) und Frankreich (Elsass-Lothringen) nach 1945. Noch im Jahr 1944 gründeten sich die ersten Verbände der Zwangsrekrutierten, um ihren toten Kameraden zu gedenken und Entschädigungen zu erhalten. Diese Wechselwirkungen zwischen nationaler Erinnerungskultur, Anerkennungskämpfen und Entschädigungszahlungen entschlüsselt Klos, indem sie die erinnerungspolitische Strategie jener Verbände verfolgt. Nach Umgründungen um 1960 organisierten die luxemburgischen und französischen Verbände Flugblattaktionen, die auch an die Adresse der deutschen Bundesregierung gerichtet waren, um monetäre Entschädigungen zu erlangen, jedoch auch, um überhaupt als Opfer anerkannt zu werden. Denn in den unmittelbaren Nachkriegsjahren war den heimgekehrten belgischen, luxemburgischen und französischen Wehrmachtssoldaten viel Misstrauen entgegengeschlagen, was den Spielraum der – im Vergleich zu Luxemburg überdies zersplitterten – französischen Verbände, aber auch derjenigen in Belgien deutlich einschränkte. Überall mussten sich die Verbände der Zwangsrekrutierten mit denjenigen der ehemaligen Widerstandskämpfer auseinandersetzen. Vor allem in Belgien, in dessen Osten viele Einwohner dem deutschen Einmarsch 1940 nicht besonders ablehnend gegenübergestanden hatten, misslang dauerhaft die Stilisierung der ehemaligen Wehrmachtssoldaten als Opfer. In Luxemburg hingegen ließen sich die Erinnerungen der und das Gedenken an die Zwangsrekrutierten leichter in die nationale Erinnerungsgemeinschaft integrieren – bezeichnenderweise setzte sich für die luxemburgischen Zwangsrekrutierten der Begriff »Ons Jongen« (»Unsere Jungen«) durch. Um 1980 ließ sich dann auch die westdeutsche Regierung darauf ein, die Zwangsrekrutierten als Opfer anzuerkennen und finanziell zu entschädigen. Angesichts der erinnerungspolitischen Schwäche des belgischen Verbands wurden seine Mitglieder mit den geringsten Zahlungen bedacht. Am Ende entschied symbolische und damit politische Stärke über die Höhe finanzieller Zuwendungen, doch stellte der Kampf um Anerkennung – als Teilhabe and der Formung der nationalen Erinnerungsgemeinschaft und Erinnerungskultur – eine ganz eigenständige Dimension der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen dar.

Neue Forderungen nach politischer Teilhabe im Sinne eines erweiterten Zugangs zur politischen Willensbildung stellten offensichtlich eines der bestimmenden Charakteristika der Epoche nach dem Boom dar, sei es in der Gestalt neuer Formen der Teilhabe, sei es in Gestalt neuer Akteure, die nach Teilhabe verlangten. Zu einem überraschenden Ergebnis kommt dabei Tobias Vetterle, der die Partizipationsmöglichkeiten umweltpolitischer Aktivisten an der Ausgestaltung der Umweltpolitik im Großherzogtum Luxemburg untersucht. Er stellt nämlich fest, dass die Mitspracherechte, welche die Umweltbewegung in den 1970er Jahren einforderte und die auf eine weitgehende Umverteilung

politischer Macht abzielten, in den frühen 1980er Jahren zwar tatsächlich institutionalisiert wurden, dass dies aber in einer Form geschah, die letztlich eine durchaus traditionsreiche Bahnung politischer Aushandlungsprozesse – in Gestalt des luxemburgischen Neokorporatismus – fortsetzte und statt einer Umverteilung ein Neuarrangement politischer Kräfte mit sich brachte. Während der 1970er Jahre hatte sich die Umweltbewegung noch in einem »Befreiungskampf« gegen das Machtkartell der Eliten in Wirtschaft und Politik gesehen, das die luxemburgische Demokratie in ein autoritäres Expertenregime verwandelt habe. Autonomie und Partizipation waren die Schlüsselbegriffe dieses Kampfes, in dem es galt, »die Demokratie in ihrer ursprünglichen Form zu rehabilitieren«. Diesen Kampf führte die Umweltbewegung nicht allein, und so erfolgte um 1980 die Gründung weiterer Institutionen an den Schnittstellen zwischen der Ministerialbürokratie und neuen sozialen Bewegungen, etwa für die Rechte berufstätiger Frauen und auf ausländerpolitischem Gebiet. Diese Institutionen etablierten durchaus neue Partizipationsmöglichkeiten, vor allem weil sie nicht nur einen Zugang zur politischen Willensbildung schufen, sondern gleichzeitig mit dem Mittel der Verbandsklage ausgestattet wurden und auf diese Weise, etwa bei Verstößen gegen das Naturschutzgesetz, vor Gericht als Kläger auftreten konnten. Allerdings blieb dieses Aggiornamento des luxemburgischen Neokorporatismus (»Umweltkorporatismus«) nicht unumstritten: In der Tradition des französischen Republikanismus sollten sich gerade keine Interessenverbände zwischen WählerInnen und die staatlichen Institutionen als Garanten des politischen Gemeinwohls schieben. Bemerkenswerter Weise war es der Verweis auf die Effizienzgewinne staatlicher (Umwelt-) Politik durch die Inkorporierung der Umweltverbände, die diese Einwände verstummen ließen.

Nicht nur in Luxemburg profitierten neue politische Akteure in ihrem Verlangen nach Teilhabe an politischen Entscheidungen von einem zumindest begrenzten Entgegenkommen etablierter Kräfte. In seiner Mikrostudie über die migrantische Gemeinschaft der Bengali im Londoner Stadtteil Tower Hamlets kommt Timo Kupitz zu dem Schluss, dass es dieser Einwanderergruppe gelang, sich beträchtliche politische Spielräume zu verschaffen und ihre lokalen Lebensumstände zu verbessern. Dies geschah durch eigene Organisations- und Mobilisierungsarbeit einerseits, und andererseits durch ein geschicktes Taktieren migrantischer Aktivisten und Meinungs-Multiplikatoren gegenüber den Parteien, die um die Wählerstimmen der Einwanderer konkurrierten, nämlich der Liberalen und Labour. Seit den 1970er Jahren wanderten zahlreiche Bengali ins Londoner East End ein. Arbeitsbedingungen, die Zuteilung öffentlichen Wohnraums und gewaltsame rassistische Übergriffe stellten die zentralen Probleme in diesen Vierteln dar. Gleichzeitig unterschied sich die sozialökonomische Interessenlage der Einwanderer kaum von derjenigen der einheimischen Arbeiterklasse. Einen politischen Verbündeten fanden die Bengali in dem Labour-Unterhausabgeordneten Peter Shore, der immer wieder auf deren Diskriminierung aufmerksam machte und dafür auf die Wählerstimmen der MigrantInnen zählen konnte. Allerdings zeigte sich die Labour Party in den 1980er Jahren von

Flügelkämpfen zerrissen, während gleichzeitig mit der Liberalen Allianz und unabhängigen bengalischen Kandidaten neue Konkurrenten auftraten, die die migrantischen WählerInnen umwarben. Obwohl also die Bengali-Gemeinschaft als solche keineswegs als Gewinner dieser Jahre angesehen werden kann – der Rassismus verschwand keineswegs aus dem Londoner East End –, stiegen ihre Möglichkeiten zur politischen Teilhabe, und damit auch zur politischen Gegenwehr gegen den Rassismus, der von der Ablehnung der Anträge von Bengali auf Labour-Parteimitgliedschaft (sic!) bis hin zu Hassverbrechen und Mord reichte. Als »politische Gruppe« stellten sie sich deshalb zumindest innerhalb Londons tatsächlich als Gewinner dar, die sehr erfolgreich ihr politisches Kapital, nämlich die Mobilisierung einer nennenswerten Anzahl von Wählerstimmen, gegenüber konkurrierenden Parteien bzw. Wahllisten zum Einsatz bringen konnten.

Gewissermaßen aus entgegengesetzter Perspektive, nämlich aus der Sicht einer um ganz verschiedene Wählergruppen werbenden Partei, untersucht Marc Meyer die politische Strategie der SPD in Frankfurt am Main. Die südhessischen Sozialdemokraten waren seit den 1970er Jahren im Zuge der beginnenden De-industrialisierung mit einer massiven Schrumpfung ihrer Stammwählerbasis, also der Industriearbeiterschaft, konfrontiert.²² Auch hier waren vor allem gering qualifizierte Arbeiter betroffen. Gleichzeitig nahm die Zahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten erheblich zu. Während die Verteilungsspielräume der kommunalen Sozialpolitik schrumpften, kollidierte die städtische Wirtschaftspolitik mit dem Versuch der Wohnungspolitik, preiswerten Wohnraum gerade für die vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Gruppen zu schaffen, weil freie Flächen bevorzugt für Gewerbeimmobilien statt für den Wohnungsbau ausgewiesen wurden. Unter dem Eindruck dieser doppelten ökonomisch-sozialen Zwänge und der Niederlage bei der Kommunalwahl 1977 entschied sich die Frankfurter SPD zu dem Versuch, die eigene Wählerbasis durch ein verstärktes Werben um die »ungebundenen [Mittel-, MR] Schichten« zu verbreitern. Allerdings, das macht Meyer deutlich, traten weitere Faktoren hinzu. Nach außen erschien die Partei – der Labour-Party nicht unähnlich – als von Flügelkämpfen zerrissen und ohne Antwort auf die Probleme der Stadt, nämlich Wohnungsnot, Hausbesetzungen und (Drogen-) Kriminalität; nach innen zeigte sie sich hoch ideologisiert, mit sich selbst beschäftigt und ohne Responsivität gegenüber den Anliegen ihrer Stammwählerschaft. Der lange Abstieg von der Hochburg hatte begonnen. Die »Modernisierung« der Partei durch den 1983 gewählten Vorsitzenden Martin Wentz und die von ihm angestoßenen »Frankfurter Diskussionen« – unter der Parole: »es wäre ein Fehler, der alten Arbeiterpartei hinterher zu laufen« – zielten auf eine vermeintlich zeitgemäße, auf die Werte und Lebensziele der »Dienstleistungsgesellschaft« abgestellte Mobilisierungsarbeit. Begleitet wurde diese Neuausrichtung durchaus von der Bundespartei, deren Geschäftsführer Peter Glotz ganz ähnlich ar-

22 Genau genommen schrumpfte natürlich nur die Industriearbeiterschaft als sozioprofessionelle Gruppe, nicht die Zahl der betroffenen Menschen als Wählerschaft.

gumentierte. Das bleibende Resultat der Neuausrichtung der Frankfurter SPD bestand einerseits in einer enormen Erweiterung der Wahloptionen für die Angehörigen der Mittelklassen-Milieus, die nun zwischen der sich ebenfalls modern und urban gebenden CDU Walter Wallmanns, den Grünen als vermeintlich authentische Repräsentanten alternativer Milieus und einer den Gewinnern der Dienstleistungsgesellschaft hinterher laufenden SPD wählen konnten. Andererseits verwaiste die bisherige sozialdemokratische Stammwählerschaft der Industriearbeiter politisch zusehends, trotz dringlicher Warnungen des linken Parteiflügels. Priorität besaßen ihre Anliegen in der sozialdemokratischen Stadtpolitik nicht mehr. In der Folge erzielte die SPD ihre Wahlerfolge durch den Einbruch in bisherige CDU-Milieus, während sie die Stimmverluste (vor allem durch Nicht-Wählerinnen und -Wähler) in ihren alten Hochburgen nicht wieder wettmachen konnte.

Aus den hier zusammengetragenen Befunden lässt sich eine zumindest vorläufige Bilanz über die Gewinner und Verlierer zwischen den 1970er und den 2000er Jahren in Westeuropa ziehen: Zu den Verlierern gehörten fast überall die Arbeiterklassen, deren größte gesellschaftliche Stärke, ihr Organisationskapital der Massengewerkschaften und der Mitte-Links-Parteien der Arbeiterbewegung, wie der SPD oder der Labour Party, mal schleichend, mal disruptiv entwertet wurde: durch den zahlenmäßigen, absoluten wie relativen Rückgang ihrer Angehörigen im Gefolge des wirtschaftlichen Strukturwandels einerseits, durch die zunehmende Heterogenität der verbleibenden Arbeiterschaft andererseits, deren Angehörige in immer geringerem Maße ein gemeinsames Lebensschicksal teilten. Hinzu traten konkrete materielle und immaterielle Verluste durch Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, schlechter bezahlte neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, wachsende Felder tariflich nicht abgesicherter Arbeitsplätze und schließlich durch die symbolische Abwertung von Industriearbeit und ihrer vor allem in Großbritannien wenig formalisierten Qualifikationen. Günstigstenfalls wurde ihre Arbeitskultur musealisiert, doch als kultureller Referenzpunkt mit Zukunftsperspektive verschwanden sie vom Horizont der Kulturpolitik wie der Zeitdiagnostik. Und nicht zuletzt verloren die Arbeitermilieus ihren politischen Ansprechpartner, wenn Arbeiterparteien sich in Parteien der Dienstleistungsgesellschaft verwandelten. Der progressiv voranschreitende de-facto-Ausschluss der unteren Schichten von der politischen Willensbildung ließ letztere mehr und mehr zu einem Wechselspiel der Interessen von Mittel- und Oberklassen werden – bis heute.

Zu den Gewinnern der Epoche zählten dagegen weite Teile der Mittelklassen, die erstens vom wirtschaftlichen Strukturwandel profitierten, weil dieser zahlreiche gut bezahlte Arbeitsplätze und Aufstiegschancen für höher qualifizierte Beschäftigte beiderlei Geschlechts schuf. Solche Arbeitsplätze entstanden auch innerhalb der Industrieunternehmen; in den wachsenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, den sich ausweitenden Unternehmensverwaltungen, dem Marketing und dem Service. Hier öffneten sich zwar auch Aufstiegsmöglichkeiten für nennenswerte Teile der qualifizierten Industriearbeiterschaft,

doch angesichts der sehr ungleich verteilten Chancen im Bildungssystem boten sich die Chancen auf diesen Arbeitsmärkten nun einmal vor allem den Sprösslingen der Mittelklassen. Zweitens gewannen die Mittelklassen neue politische Optionen hinzu: Denn ihre Angehörigen wurden nun von mehreren Parteien mit spezifischen Angeboten umworben – in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren von allen im Bundestag vertretenen Parteien –, so dass eine ganz neue, bald heftig umkämpfte Semantik der politisch-gesellschaftlichen »Mitte« (»Neue Mitte«, »Dritter Weg«) entstand. Drittens erwuchsen den politischen Parteien als solchen ganz neue Konkurrenten, weil sich die Teilhabeansprüche der neuen sozialen Bewegungen (Umweltbewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung) in neuen Organisationen – häufig *single-issue*-Verbände – artikulierten und manifestierten, die erst mühsam in die eingespielten Abläufe des politischen Feldes inkorporiert werden mussten. Organisationsformen, Sprache, Ziele und Durchsetzungsweisen entsprachen dabei der kulturellen Ausstattung und den Dispositionen der Mittelklassen viel stärker als denjenigen der unteren Klassen. Diese Prozesse bedeuteten vielleicht mehr als alles andere den »Wandel des Politischen«,²³ oder einfacher, einen Formwandel der Demokratie.²⁴

Wechselt man die Blickrichtung, sind die Befunde weniger eindeutig. Frauen konnten zu Gewinnern oder Verlierern auf Arbeitsmärkten gehören; viel hing hier von ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation und damit von ihrer sozialen Herkunft ab. Auch MigrantInnen waren auf beiden Seiten zu finden; abhängig von ihrem politisch-rechtlichen Status bestanden Chancen für politische Koalitionen, aber ihre Arbeitsplätze fanden sie vor allem in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen. Und schließlich ist darauf hinzuweisen, dass zwar die Appropriationschancen der Oberklassen rasant zunahmen – und sich unter anderem in den oben erwähnten explodierenden Managereinkommen manifestierten –, dass die zunehmende Internationalisierung und Finanzmarkt-orientierung der Unternehmen aber auch neue Machtgruppen und komplexe Kräfteverhältnisse im Feld der Unternehmerschaft hervorbrachten.

Nicht alle diese Entwicklungen waren so neu, wie dies im Vergleich mit der Boom-Epoche scheinen mag. Gleichzeitig erschwert ein Verweis auf immer schon

23 Meik Woyke (Hrsg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013; Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, Bonn 2012, S. 308–327.

24 Dieserart tektonische Verschiebungen sind in der europäischen Demokratiegeschichte nicht neu: Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg haben Jose Harris und Pierre Rosanvallon ähnliche Entwicklungen beschrieben; in Deutschland wurde dieses Phänomen lange von der Verbände- und der Korporatismus-Forschung untersucht. Vgl. Jose Harris, Private Lives Public Spirit. Britain 1870–1914, Oxford 1993; Pierre Rosanvallon, Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Bonn 2013. Neuerdings für die wirtschaftshistorische Dimension: Werner Abelshauser, Die Wirtschaft des deutschen Kaiserreichs. Ein Treibhaus nachindustrieller Institutionen, in: Paul Windolf (Hrsg.), Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005, S. 172–195.

bestehende Vorläufer die Validierung der Qualität des Neuen. So ist ein Vergleich mit der Zeit um 1900 durchaus geeigneter, um Konjunkturen, langandauernde Trends, Wiederholungssequenzen, das Verschwinden des Alten und das Entstehen des Neuen präziser zu erfassen.²⁵ Vor allem das Ausmaß der Internationalisierung fordert zu einem Vergleich der beiden Epochen heraus: Gemeinsam waren ihnen die rapide enger werdenden Verflechtungen zwischen globalen Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkten und die grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen; hinzu trat seit den 1970er Jahren allerdings die enorme Internationalisierung von Wertschöpfungsketten, was nationale Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken vor enorme Herausforderungen stellte.

Vermutlich wird ein solcher Epochenvergleich weiterhin zeigen, dass eine zunehmende materielle Ungleichheit und Komplexität der Lebenslagen keineswegs ein neues Phänomen darstellten, dass dies um 1900 jedoch aus naheliegenden Gründen (Stichwort: »Hochindustrialisierung« und »Politischer Massenmarkt«) nicht mit einem Niedergang, sondern fast überall in Europa mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung und einer zahlenmäßigen Ausweitung politischer Partizipation verbunden war.²⁶ Seit den 1980er Jahren schrumpfte jedoch der »Politische Massenmarkt«, ablesbar an einer signifikant sinkenden Wahlbeteiligung vor allem der unteren Klassen.²⁷ Daneben, aber auch gegenläufig entstanden in beiden Epochen politische Strömungen, die »demokratische« Impulse machtvoll aufnahmen, dies aber teilweise auf dezidiert illiberale Weise taten.²⁸ So erscheinen die gegenwärtigen »populistischen« Bewegungen in Westeuropa, die ihre Ursprünge ganz überwiegend in der nach dem Boom-Ära haben, weitaus weniger neu als dies gelegentlich angenommen wird.

Mindestens genauso herausfordernd erscheint der Epochenvergleich auf zwei weiteren, lose miteinander verbundenen Ebenen: dem der kulturellen Güter und dem des Konsums. Genau diese Verbindung drückt der Begriff der Belle Époque für das Frankreich um 1900 aus.²⁹ Dass nach dem Boom ästhetisch-philosophi-

25 Ich habe an anderer Stelle bereits dafür plädiert, die Zeit nach dem Boom als eine neue Belle Époque zu konzeptualisieren. Vgl. Morten Reitmayer, Nach dem Boom – eine neue Belle Époque?, in: Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart, S. 13–22. Diese Denomination auch bei Piketty, Kapital und Ideologie.

26 Prägnant: Jörg Fisch, Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914, Stuttgart 2002.

27 Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015. So nahe es liegt, hier einen Zusammenhang zwischen der sinkenden Wahlbeteiligung und einem kulturindustriell vermittelten Management der politischen Apathie der unteren Klassen zu vermuten, so wenig ist dieser bislang untersucht. Erklärungen richten sich derzeit vielmehr an die Abirrungen der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien in Westeuropa.

28 Reitmayer, Populismus.

29 Dominique Kalifa, »Belle Époque«: invention et usages d'un chrononyme, in: Revue d'histoire du XIXe siècle 52 (2016), S. 119–132; ders., La véritable histoire de la Belle Époque, Paris 2017; Dominique Lejeune, La France de la Belle Époque 1896–1914, Paris 1991; Michel Winnock, La Belle Époque: La France de 1900 à 1914, Paris 2002.